

Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder? Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945-2007)

Campbell, David F. J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Campbell, D. F. J. (2007). Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder? Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945-2007). *SWS-Rundschau*, 47(4), 381-404. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-124729>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder?

Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945–2007)

David F. J. Campbell (Wien)

David F. J. Campbell: *Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder? Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945–2007)* (S. 381–404)

Der Artikel befasst sich mit politischen Links-rechts-Schwingungen in Österreichs parlamentarischem Mehrebenensystem im Zeitraum 1945–2007, wofür eine bestimmte Messmethode für Parlamentsindizes verwendet wird. Im Zentrum steht eine vergleichende Betrachtung der neun Länderparlamente, wobei auch Wechselwirkungen zur nationalen Ebene (Nationalrat) und zur supranationalen Ebene (Europäisches Parlament) untersucht werden. Empirisch lässt sich seit 2000 eine deutliche Zunahme der politischen Links-rechts-Schwingungen auf Österreichs Länderebene beobachten. Dafür werden folgende Thesen zur Diskussion gestellt: Erstens das Abtragen rechter (konservativer) Langzeithegemonien auf Landesebene; zweitens nehmen Trends auf Landesebene teilweise spätere Trends auf Bundesebene vorweg; drittens sind die politischen Trends auf Landesebene teilweise gegenläufig (»anti-zyklisch«) zum Bundestrend.

Schlagnote: Links und rechts, politische Links-rechts-Schwingungen, parlamentarisches Mehrebenensystem, Länderpolitik, österreichische Politik (1945–2007)

David F. J. Campbell: *How Left or How Right Are the Austrian Provinces? A Comparative Long-Term Analysis of the Parliamentary Multi-Level System of Austria (1945–2007)* (pp. 381–404)

The article focuses on political left-right swings in the Austrian parliamentary multi-level system during the period 1945–2007, applying a specific method or measurement for parliamentary indices. Key is the comparative assessment of the parliaments of the nine provinces, whereby also interactions are being analyzed with the national level (»Nationalrat«, the lower house) and the supranational level (European Parliament). Since 2000, we observe empirically a crucial increase of political left-right swings at the Austrian provincial level. For that we propose the following hypotheses: first, the erosion of right (conservative) hegemony at the provincial level; second, trends at the provincial level partially anticipate later trends at the federal level; third, political trends at the provincial level act partially contrary (»anti-cyclically«) to federal trends.

Keywords: left and right, political left-right swings, parliamentary multi-level system, provincial politics, Austrian politics (1945–2007)

1. Einleitung – Fragestellungen und Aufbau des Artikels¹

Die zentrale Fragestellung des Artikels lautet, unter Verwendung des »politischen Links-rechts-Schwingungsindex« (für die methodische Beschreibung siehe Kap. 3) und angewandt auf die Mandatsverteilung in den Parlamenten (Landtage, Nationalrat und die österreichischen MandatarInnen zum Europäischen Parlament): *Welche empirischen Befunde lassen sich für die politischen Links-rechts-Schwingungen von Österreichs Ländern (Bundesländern), auch im Vergleich mit der Bundesebene (Nationalrat) und dem supranationalen Europäischen Parlament, zur Diskussion stellen? Anders formuliert: Sind politische Links-rechts-Schwingungen für das parlamentarische Mehrebenensystem Österreichs feststellbar? Wenn ja, welche Muster kann eine Analyse aufzeigen beziehungsweise wie kann dieses Muster interpretiert werden?*

Ziel ist es, einerseits ein systematisches und komparatives *Mapping* (»metrische Vermessung«) des österreichischen politischen Mehrebenensystems (vorrangig Länderebene, aber auch Bundesebene und supranationales Europäisches Parlament) im Hinblick auf politische Links-rechts-Schwingungen durchzuführen sowie andererseits die Ergebnisse thesenartig zu diskutieren.

Die Untersuchung ist aus mehreren Gründen relevant. Der Artikel leitet sich theoretisch aus zwei Konzeptionen ab:

1. Politische Links-rechts-Schwingungen lassen sich als Prinzip der Selbstorganisation politischer Systeme verstehen. Dieser Ansatz ist ferner vereinbar mit der Ablaufdynamik von Regierungs-Oppositions-Zyklen (siehe dazu näher Kap. 2.2).
2. Ausgehend von der Forschung über die Europäische Union (EU) wurde das Verständnis eines »Mehrebenensystems« geprägt, welches supranationale, nationale und regionale (lokale) politische Ebenen umfasst und einander gegenüberstellt. Der Artikel ist auch deswegen relevant, weil die politikwissenschaftliche Forschung über Österreichs Politik sowohl Phänomene der Links-rechts-Schwingungen als auch des national eingebetteten politischen Mehrebenensystems nur unzureichend reflektiert. Das *parlamentarische Mehrebenensystem Österreich* wird dabei komparativ (Vergleich der Bundesländer) betrachtet, wobei der Schwerpunkt auf politischen Links-rechts-Schwingungen auf Länderebene und möglichen politischen Links-rechts-Wechselwirkungen mit der nationalen Ebene liegt. Das Forschungsdesign ist auf eine Langzeitanalyse der Länderebene angelegt, und umfasst den gesamten Zeitraum 1945–2007, also insgesamt 63 Jahre.²

1 Danksagung: Der Autor möchte sich bei Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram dafür bedanken, dass er ihm eine Datentabelle über Positionen österreichischer Parteien auf dem Links-rechts-Spektrum zur Verfügung gestellt hat, die in der Literaturliste zu diesem Artikel auch unter FESSEL-GfK (2007) zitiert wird. Ulram ist Abteilungsleiter des GfK Austria Politikforschungsteams (<http://www.gfk.at>). Ferner möchte sich der Autor bei DDr. Hubert Sickinger für ein E-Mail-basiertes Expertengespräch im Juni 2007 über Proporzprinzipien in der Wiener Stadtregierung bedanken, welches unter Hubert Sickinger (2007) zitiert wird. Sickinger ist Politikwissenschaftler in Wien (<http://www.hubertsickinger.com>). Weiters ist der Autor dem Chefredakteur der SWS-Rundschau, Dr. Christian Schaller, für laufende hilfreiche Anmerkungen zum Artikelmanuskript zu Dank verpflichtet.

2 Empirischer Redaktionsschluss für das Kalenderjahr 2007 war der 30. September.

Der Aufbau des Artikels gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 liefert Erklärungsversuche für »links« und »rechts« sowie für politische Schwingungen. Kapitel 3 stellt die Methodik des hier verwendeten Links-rechts-Schwingungsindex vor. Kapitel 4 bietet eine umfassende Interpretation der empirischen Ergebnisse der politischen Links-rechts-Schwingungen von Österreichs Parlamentsindizes, während Kapitel 5 mögliche Konsequenzen für Österreichs Politik auf Länderebene diskutiert. Das Schlusskapitel versucht ferner einen kurzen Ausblick auf die *Demokratiequalität von Österreichs Ländern* und skizziert mögliche Szenarien.

2. Konzeptionelle Ausgangspunkte – links und rechts, politische Schwingungen, Mehrebenensystem und Demokratiequalität

Im Folgenden möchten wir in kurzer Form jene konzeptionellen Begriffe vorstellen, welche die theoretische Basis für die spätere empirische Analyse und die Schlussfolgerungen legen.

2.1 *Links und rechts*

Gegen die Verwendung von »links« und »rechts« werden oft folgende Argumente vorgebracht: »Links« und »rechts« seien als Begriffe nicht exakt genug; Konvergenzbewegungen in Richtung einer politischen Mitte lassen linke und rechte Ränder als überflüssig erscheinen; Gesellschaften seien »überkomplex« und ließen sich auf einer »eindimensionalen« Links-rechts-Skala nicht abbilden (siehe dazu beispielsweise Beyme 1984, 313–314 sowie Beyme 1991, 17). Für die Verwendung von links und rechts sprechen hingegen (Campbell 1996):

1. *Die Strukturierung des politischen Raums*: Links und rechts strukturieren den »politischen Raum«. Und die Metapher des politischen Raums ist weitverbreitet (Laponce 1981). *Damit werden Nähe und Distanz markiert*, etwa zwischen den Parteien oder zwischen den WählerInnen und den Parteien.
2. *Eine Komplexitätsreduktion*: Die modernen Gesellschaften zeichnen sich durch *Überkomplexität* aus. Doch gerade diese Überkomplexität produziert auch eine Gegenbewegung, indem sie bei WählerInnen auch ein verstärktes Bedürfnis nach Sicherheit, das heißt nach *klaren und einfachen* politischen Strukturen entstehen lässt. Und genau diese Funktion scheint die Links-rechts-Achse zu erfüllen, *indem sie die Komplexität des politischen Systems auf eine einzige Skala reduziert*.
3. *Entweder-oder-Strategien*: Regierungen und damit Regierungsparteien sehen sich mit einem *handlungsdynamischen Paradoxon* konfrontiert, das auf folgenden Konflikt verweist: Langfristig müssen *Sowohl-als-auch-Strategien* zur Anwendung kommen, um die vielfältigen Bedürfnisse des politischen Systems und der Gesellschaft abdecken zu können. Kurzfristig ist dies jedoch nicht möglich, da Prioritäten gesetzt und somit *Entweder-oder-Strategien* verfolgt werden müssen. Im konkreten Handlungskontext stehen Regierungen häufig vor der schwierigen Aufgabe, sich für oder gegen bestimmte Themen zu entscheiden beziehungsweise dass die Lösung eines Problemfelds ein anderes Problemfeld belasten könnte (zum Beispiel höhere

oder niedrigere Arbeitslosigkeit, Inflation oder Verschuldung).³ Diese schärferen Entweder-oder-Optionen werden in der politischen Wahrnehmung beziehungsweise Öffentlichkeit dann möglicherweise auch als *linke oder rechte Regierungspolitik* wahrgenommen.

4. *Reflexion der politischen Selbstwahrnehmung*: Entscheidend für eine politische und politikwissenschaftliche Verwendung der Begriffe »links« und »rechts« ist ferner die Bereitschaft von Gesellschaft, WählerInnen und Politik, solche Kategorien zu verwenden. Die empirische Umfrageforschung zeigt dazu auf, dass in den »westlichen Demokratien« eine Mehrheit der Befragten bereit ist, sich selbst beziehungsweise politische Parteien auf einer Links-rechts-Skala zu positionieren (für Österreich siehe beispielsweise Plasser/ Ulram 2002, 164–166, FESSEL-GfK 2007).

2.2 Politische Schwingungen, Mehrebenensystem und Demokratiequalität

Politische Schwingungen werden oft mit politischem Machtwechsel assoziiert, beispielsweise mit einem Mehrheitswechsel im Parlament oder mit einer neuen politischen (parteilichen) Zusammensetzung von Regierungen (siehe etwa die Aufstellung bei Schmidt 1983, 374). Politische Schwingungen können somit auch ein Ausdruck von Regierungs-Oppositions-Zyklen sein (betreffend Forschung über Opposition siehe Helms 2002). Empirisch wurde dazu für Westeuropa diagnostiziert, dass die statistische Wahrscheinlichkeit für Regierungsparteien, bei der nächsten Wahl zu verlieren, größer ist, als bei der Nachfolgewahl noch hinzu zu gewinnen (Müller/ Strøm 2000, 589, siehe allgemein Müller/ Strøm 1999a).

Politische Schwingungen lassen sich aus dem Zusammenspiel folgender beider Achsen (Dimensionen) erklären:

1. *Die Achse von Regierung und Opposition*: Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition zählt zu den entscheidenden Merkmalen demokratischer politischer Systeme. Die Möglichkeit der Abwahl in die Opposition zwingt Parteien, sich neuen Themen zu öffnen. Umgekehrt formuliert: »Je länger Parteien regieren, desto mehr dient dieses Regieren dem eigenen Machterhalt, und desto nebensächlicher wird das Umsetzen einer bestimmten Politik« (Campbell 2002, 20–21, siehe dazu allgemein Müller/ Strøm 1999b).
2. *Die Achse der Sachthemen-Kompetenz*: Politische Systeme sind permanent mit einem *Pluralismus an Problemen oder Issues (Sachthemen)* konfrontiert, die es zu lösen gilt. Die »*Saliency Theory*« (siehe Budge/ Farlie 1983, 21–56) besagt, »... dass die Gesellschaft den Parteien für unterschiedliche Bereiche durchaus unterschiedliche *Kompetenzen für ›Issues‹* (Sachthemen) zuweist. Aus Sicht der Wählerinnen und Wähler eignen sich die einzelnen Parteien unterschiedlich gut für verschiedene Sachthemen oder Regierungsaufgaben. Verschiebungen der Bedürfnisprioritäten von Wählerinnen und Wählern erklären damit teilweise, warum neue Parteien an

3 Eine kurzfristige Lösung des einen ökonomischen Problemfelds könnte zu Lasten anderer ökonomischer Problemfelder erfolgen – beispielsweise ein Niedrighalten der Inflation ohne Berücksichtigung von Effekten für den Arbeitsmarkt.

die Regierungsmacht gewählt werden (wobei tatsächliche Regierungsbeteiligung nicht nur vom Wahlergebnis abhängt)« (Campbell 2002, 21).

Die Ausführungen zu diesen beiden Dimensionen, welche politische Schwingungen erzeugen, verdeutlichen, warum politische Schwingungen grundsätzlich das Potenzial haben, die *Qualität einer Demokratie zu fördern*. Demokratiequalität kann dabei heißen: *Einerseits verhindern politische Schwingungen übermäßige Machtkonzentrationen. Andererseits machen es politische Schwingungen in einer Demokratie langfristig möglich, dass die Politik auch eine genügende Breite an Sachthemen abdeckt beziehungsweise bereit ist, auf neue Themen entsprechend einzugehen.*⁴ Politische Schwingungen zeigen ferner auf, dass politische Systeme zu einer dynamischen Selbstorganisation imstande sind.

Für das politische System Österreichs gibt es bereits mehrere Versuche, seine Demokratiequalität zu bewerten: einerseits die Entwicklung konzeptioneller Kriterien sowie andererseits deren empirische Überprüfung (Campbell/Schaller 2002, Pelinka/Rosenberger 2003, 71–75, Melchior 2005, 16–17). Zusätzlich wurde versucht, Österreichs Demokratiequalität vergleichend zu evaluieren (Beck/Schaller 2003). Auch in internationalen Vergleichen von derartigen »Demokratie-Audits« werden diese spezifischen Ansätze und Verfahren zur Erfassung von Österreichs Demokratiequalität bewertet (Kaiser/Seils 2005 analysieren etwa den britischen *Democratic Audit* aus einer vergleichenden Perspektive). Die politikwissenschaftliche Forschung stellte für Österreich den Thesenbefund der Transformation einer »traditionellen *Konsensdemokratie*« in eine »polarisierte *Konfliktdemokratie*« zur Diskussion (Plasser/Ullram 2002, 27–28, 31): Darunter wird eine zunehmende Konfliktintensität zwischen den politischen Eliten verstanden, ohne dass damit allerdings die politische Stabilität und die institutionelle Grundlage des demokratischen Systems beeinträchtigt wird. Grundsätzlich kann politischer Wettbewerb einen positiven Beitrag zur Demokratiequalität leisten. Damit sich in einer Wettbewerbsdemokratie das Potenzial von Demokratiequalität auch tatsächlich entfaltet, sollten gleichzeitig gewisse »Kontextbedingungen« realisiert werden. Argumente in diese Richtung betonen einerseits die Wichtigkeit von machtausgleichenden beziehungsweise machtbalancierenden politischen Strukturen und Institutionen (»checks and balances«) sowie andererseits die Bedeutung entwickelter Grundrechte (Campbell 2002, 21–23).

3. Methodik des verwendeten Links-rechts-Schwingungsindex

Für die Erfassung der politischen Links-rechts-Schwingungen im Rahmen dieses Artikels wird auf einen *standardisierten politischen Links-rechts-Schwingungsindex*

4 Der Begriff des Mehrebenensystems hat einen seiner Ursprünge in der Forschung über die Europäische Union, welche die nationale Ebene mit der supranationalen sowie der subnationalen (lokalen) Ebene vergleicht (Hooghe/Marks 2001). Politische Schwingungen können sich damit auch in der politischen Mehrebenenarchitektur der EU abbilden. Dies steht in einer gewissen Wechselwirkung zur Frage, bis zu welchem Ausmaß die EU supranationale Staatsstrukturen ausformen wird (Campbell 1994).

zugegriffen, der erstmals 1992 für die nationale Ebene des politischen Systems Österreichs nach 1945 getestet wurde (Campbell 1992). Dieser Schwingungsindex wurde ferner für Analysen von Österreichs Politik in der Zwischenkriegszeit (Gerlich/Campbell 2000) sowie für einen internationalen Vergleich nationaler politischer Systeme in Westeuropa und Nordamerika (Campbell 1996) verwendet. Das Forschungsdesign für diesen Artikel bezieht sich auf die Indexierung der »Parlamente« beziehungsweise der »parlamentarischen Ebene«. Das bedeutet: Die empirische Datenbasis ist die prozentmäßige Mandatsverteilung für die österreichischen politischen Parteien in den Landtagen, im Nationalrat und im Europäischen Parlament (EP).

Dafür wird zunächst ein »doppeltes« Summenaggregat gebildet, wofür die Prozentanteile der Mandate aller Mitte-rechts- und Rechts-Parteien einerseits sowie aller Links- und Mitte-links-Parteien andererseits zusammengezählt werden. Vom Summenaggregat der Mitte-rechts- und Rechts-Parteien wird das Summenaggregat der Links- und Mitte-links-Parteien abgezogen. Damit resultiert für jedes Bundesland und für die nationale Ebene ein jährlicher Index (Indexwert) mit dem möglichen maximalen Wertespektrum von -100 bis $+100$. Dabei gilt: Ein negativer Wertebereich zeigt eine Linksdominanz und ein positiver Wertebereich eine rechte Dominanz an. Diese linke oder rechte Dominanz ist jeweils umso »größer« (ausgeprägter), je größer die negativen oder positiven Werte sind; die Zahl »0« markiert ein perfektes Gleichgewicht zwischen links und rechts.

Auf Basis dieses Indexes wird im Folgenden jährlich für den gesamten Zeitraum 1945–2007 die politische Zusammensetzung aller neun Landtage sowie des Nationalrats und des Europäischen Parlaments (ab 1996) berechnet. In Abbildung 1 (S. 391) werden die Ergebnisse bildlich sowie in Tabelle 1 (S. 392–393) numerisch dargestellt.

Wie bereits erwähnt, bedeutet Mehrebenensystem beziehungsweise *parlamentarisches Mehrebenensystem* im Rahmen dieses Artikels die nationale, subnationale und supranationale Ebene. Als nationale Ebene gelten die Mandate im Nationalrat; als subnationale Ebene beziehungsweise Länderebene die Mandate in den Landtagen; und als supranationale Ebene wiederum die Mandate Österreichs im Europäischen Parlament.

Auswirkungen der supranationalen Ebene auf Österreichs Politik werden in der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Forschung auch unter dem Stichwort »Europäisierung« behandelt (Falkner 2006). Grundsätzlich könnte noch eine weitere Ebene für Österreichs Mikropolitik eingeführt werden – die Gemeindeebene und »Bezirkspolitik« (siehe Sickinger 2002 und Sickinger 2006). *Diese Mehrebenenlogik bewirkt, dass sich unser Parlamentsindex in Parlamentsindizes für Landtage, Nationalrat und Europäisches Parlament differenziert.*

Die Links-rechts-Vercodung von Österreichs politischen Parteien ist weitgehend unproblematisch (Müller 2000, 296, Jenny 2006, 312–318, FESSEL-GfK 2007).

Im Mitte-rechts- und Rechts-Spektrum platzieren sich die konservative ÖVP (Österreichische Volkspartei) sowie die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – und deren Vorläuferorganisationen VdU (Verband der Unabhängigen)

beziehungsweise WdU (Wahlverband der Unabhängigen) sowie die späte und bisher letzte FPÖ-Abspaltung BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich).⁵

Im Links- und Mitte-links-Spektrum platzieren sich die KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs), die SPÖ (Sozialistische beziehungsweise Sozialdemokratische Partei Österreichs) sowie die verschiedenen Grünparteien.

Aufgrund fehlender beziehungsweise nicht eindeutiger Informationen über die linke oder rechte Zugehörigkeit blenden wir bei unserer parlamentarischen Indexbildung die DFP (Demokratische Fortschrittliche Partei)⁶ und die Liste Martin (zum Europäischen Parlament) aus.⁷

Etwas schwieriger erwies sich die Links-rechts-Vercodung der Kleinpartei Liberales Forum (LF). Das Liberale Forum entstand im Februar 1993 als »Abspaltung« von fünf Abgeordneten von der FPÖ (Liegl 2006, 407). Das LF lässt sich somit als eine liberale politische Abspaltung von der rechtspopulistischen FPÖ interpretieren. Für unseren Links-rechts-Schwingungsindex stellt sich somit die Frage, wie das LF auf einem Links-rechts-Kontinuum zu interpretieren wäre. Wird etwa die Selbstwahrnehmung der Abgeordneten zum Nationalrat herangezogen, so platzierte sich das LF in den Jahren 1997/1998 als eine Mitte-links-Partei; dagegen charakterisiert eine Analyse der Wahlprogramme des Jahres 1995 das LF als eine rechte Partei (Müller u. a. 2001, Jenny 2006, 312–318). Dieser Umstand mag durch die politische Breite erklärt werden, welche das LF abdeckte. Marcelo Jenny (2006, 317) argumentiert: »Das Liberale Forum – Wirtschaftspolitisch steht es der FPÖ am nächsten, gesellschaftspolitisch aber den Grünen«. Für die Links-rechts-Vercodung des LF für den in diesem Artikel verwendeten Links-rechts-Schwingungsindex beziehen wir uns letztlich auf die politische Links-rechts-Wahrnehmung des LF durch Österreichs WählerInnen. Dafür ziehen wir wiederum repräsentative Umfrageergebnisse des demoskopischen Instituts FESSEL-GfK heran. Dabei zeigt sich: Im Gründungsjahr 1993 wurde das LF als eine Mitte-rechts-Partei wahrgenommen, 1994 als eine zwischen links und rechts exakt neutrale Partei. 1995 und danach galt das LF in der Wahrnehmung der WählerInnen als eine Mitte-links-Partei (FESSEL-GfK 2007). Damit veränderte sich die Position des LF im Zeitraum 1993–1995 von einer Mitte-rechts- zu einer Mitte-links-Partei (Müller 2000, 296). *Für unseren Schwingungsindex bedeutet das: 1993 wurde das LF als rechts, 1994 als neutral (weder noch) und ab 1995 als links vercodet.* Das Liberale Forum scheiterte daran, sich dauerhaft im österreichischen Parteiensystem zu etablieren. 1994 und 1995 schaffte es den Einzug in den Nationalrat, schied jedoch bei der Nationalratswahl 1999 wieder aus. Auf Länderebene war das Liberale Forum in folgenden Landtagen in folgenden Zeiträumen vertreten: Niederösterreich 1993–1998, Steiermark 1995–2000 und Wien 1996–2001.

5 Zu Populismus in Österreich siehe Rosenberger (2001). Zur Geschichte von FPÖ und BZÖ siehe Luther (2006).

6 Zur DFP siehe Konvička (1994).

7 Auf Landesebene war die DFP in Wien im Zeitraum 1969–1973 vertreten. Die Liste Martin ist im EP seit 2004 repräsentiert.

4. Interpretation der empirischen Ergebnisse der politischen Links-rechts-Schwingungen der Parlamentsindizes in Österreich (1945–2007)

In den folgenden Teilkapiteln präsentieren wir die empirischen Ergebnisse der Links-rechts-Schwingungsdynamik und stellen dafür auch verschiedene Interpretations-hypothesen zur Diskussion. Wenn wir dabei von »links« oder »rechts« sprechen, so sind diese Begriffe in einem sehr engen Zusammenhang zu den hier vorgestellten Parlamentsindizes zu sehen.

4.1 Landtage, Nationalrat und Europäisches Parlament im Vergleich – politische Trends des parlamentarischen Mehrebenensystems

Abbildung 1 (S. 391) versucht, eine systemische Perspektive darzustellen, indem sie folgende Ebenen gegenüberstellt: Europäisches Parlament (ab 1996),⁸ Nationalrat und den Durchschnittswert für die Landtage aller neun österreichischen Bundesländer. Bei den Durchschnittswerten für alle österreichischen Landtage entschieden wir uns für zwei Verfahren: einerseits »gewichtet« nach Bevölkerung und andererseits »nicht gewichtet«.⁹ Da sich die österreichischen Bundesländer in ihrer EinwohnerInnenzahl beträchtlich voneinander unterscheiden, kann der nach Bevölkerung gewichtete Durchschnittswert aller Bundesländer als eine repräsentativere Maßzahl für Österreich insgesamt angesehen werden. Die Verwendung von Durchschnittswerten (gewichtet sowie nicht gewichtet) für die Landtage lässt sich damit begründen, so besser Makrotrends von Österreichs Bundesländern sichtbar zu machen. Folgende Beobachtungen stehen zur Diskussion:

1. *Eine zunehmende Anpassung der gewichteten und nicht-gewichteten Durchschnittsindizes für die Landtage:* Links-rechts-Trends der politischen Schwingungen scheinen sich bei beiden Indizes immer stärker aneinander anzupassen. Dies könnte letztlich implizieren, dass sich – über Jahrzehnte betrachtet – die Bundesländer in ihren Schwingungstrends aufeinander zubewegen. »Alleingänge« der Länder in Bezug auf Links-rechts-Schwingungen werden möglicherweise seltener.
2. *Ein stärkerer Links-rechts-Wettbewerb auf der nationalen Ebene:* Die Schwingungskurven des Nationalrats liegen näher bei »Null« (einem Links-rechts-Gleichgewicht) als die beiden Durchschnittsindizes für die Landtage. Auch gab es im Nationalrat bereits zweimal einen Wechsel der linken beziehungsweise rechten Mehrheiten (1971, 1983) – bezogen auf die Durchschnittswerte für die Landtage bisher nur einmal (2005) und bezogen auf die nicht-gewichteten Indexwerte noch nie (siehe

8 Die erste Wahl zum Europäischen Parlament, an der sich Österreich beteiligte, fand am 13. Oktober 1996 statt.

9 Für die Berechnung der Gewichtung bezogen wir uns auf Tabelle 2.02 aus: Statistik Austria (2007b), 40. Für 2006 verwendeten wir Statistik Austria (2007a) und für 2007 aufgrund noch fehlender aktueller Bevölkerungszahlen die Bevölkerungszahlen von 2006 als Schätzmaß. Gewichtung bedeutet hier, dass der Indexwert für jeden Landtag mit der Bevölkerung des Bundeslandes multipliziert wird. Die solcherart multiplizierten Indizes werden addiert und am Ende wiederum durch die Gesamtzahl von Österreichs Bevölkerung dividiert.

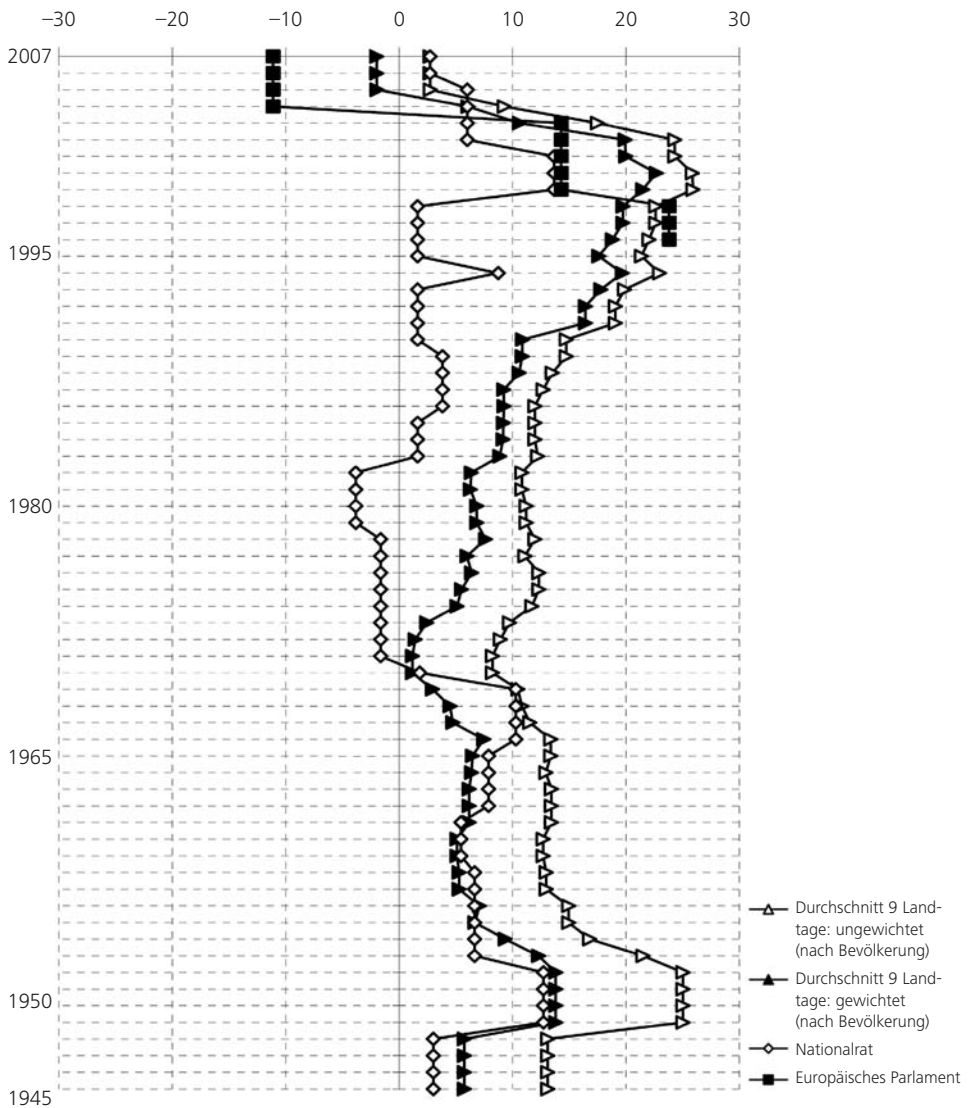
Tabelle 1, S. 392–393). Dies legt die Interpretation nahe, dass auf nationaler Ebene Wechsel der Links-rechts-Zusammensetzung von Regierungen bisher leichter möglich waren als auf der Länderebene. Zieht man in Betracht, dass viele Länder noch eine verfassungsrechtliche Verpflichtung zu »Proporzregierungen« haben, so hieße das: Eine wechselnde Links-rechts-Ausrichtung von Bundeskanzlern erschien grundsätzlich auf nationaler Ebene einfacher als ein Links-rechts-Wechsel von Landeshauptmännern/Landeshauptfrauen. So gab es in Österreich im Zeitraum 1983–2000 trotz einer nicht-linken Mandatsmehrheit im Nationalrat SPÖ-Bundeskanzler. Franz Vranitzky sah sich etwa während seiner gesamten Kanzlerschaft 1986–1997 einer rechnerisch rechten Mehrheit im Nationalrat gegenüber (Campbell 1995). Natürlich lässt sich hier immer einwenden, dass nicht den Durchschnittswerten der Landtage solch eine Bedeutung zugemessen werden soll, sondern vielmehr den einzelnen Landtagen.

3. *Eine ausgeprägtere rechte Dominanz auf der Länderebene als auf der Bundesebene:* In jedem Beobachtungsjahr (außer 2005) liegt der ungewichtete Durchschnittswert für alle Landtage rechts vom Indexwert für den Nationalrat. Beim nach Bevölkerung gewichteten Durchschnittsindex gilt dies auch für eine Mehrheit von Jahren, wobei sich in 16 Jahren dieser Wert auch links vom Indexwert des Nationalrats positionierte: 1957–1960, 1962–1970 sowie ab 2005 (siehe Abbildung 1 und Tabelle 1). Weiters soll darauf hingewiesen werden, dass in jedem Jahr der ungewichtete Länderdurchschnitt rechts vom gewichteten liegt. Das heißt, dass es sich bei den konservativeren (stärker rechten) Ländern eher um »kleinere« Länder beziehungsweise Länder mit weniger Bevölkerung handelt. Bezogen auf das Wahlverhalten kann ferner die These aufgestellt werden, dass WählerInnen dazu tendierten, bei nationalen Wahlen eher »linker« und bei Landtagswahlen eher »rechter« zu votieren. So gesehen, befanden sich die Bundes-SPÖ sowie die ÖVP in den Bundesländern jeweils in einer besseren politischen Wettbewerbssituation. Diese These wäre allerdings noch eingehender zu überprüfen. Auch muss hier vorläufig offen gelassen werden, ob dies eventuell eher mit der Attraktivität von »Leadership« (etwa Bruno Kreisky für die SPÖ) oder aber mit anderen strukturellen Faktoren (beispielsweise einer stärkeren Ausrichtung der ÖVP auf ländlich-traditionelle WählerInnengruppen) zusammenhängt.
4. *Links-rechts-Wechsel im parlamentarischen Mehrebenensystem Österreichs:* Für den Nationalrat können wir zwei Wechsel der Links-rechts-Mehrheiten (1970/1971 und 1982/1983) und für das Europäische Parlament einen Wechsel (2003/2004) konstatieren. Das EP ist auch insofern interessant, als hier der Beobachtungszeitraum nur zwölf Jahre beträgt (hingegen bei allen anderen Indizes 63 Jahre). Dass es auf der nationalen und supranationalen (EP) Ebene von Österreichs Mehrebenensystem somit zu »realen« Wechseln der Links-rechts-Mehrheiten kommt, lässt sich als gewisser Beleg für die Plausibilität des gesamten Schwingungsansatzes werten: Denn wenn es keine Links-rechts-Mehrheitswechsel gibt, warum soll man dann überhaupt von Links-rechts-Schwingungen sprechen? Beim ungewichteten Durchschnittsindex für die Landtage erfolgte bisher (noch) kein Links-rechts-Wechsel.

Das heißt, eine Mehrheit der Landtage war bisher immer rechts dominiert. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass diese »Konstante« österreichischer Innenpolitik in der (nahen) Zukunft nicht mehr gelten wird – und zwar dann, wenn eine Mehrheit von Landtagen links kontrolliert ist. Bemerkenswert ist hingegen, dass der nach Bevölkerung gewichtete Durchschnittsindex der Landtage in den Jahren 2004/2005 einen Mehrheitswechsel von rechts nach links aufzeigt. Erwähnenswert daran ist: Der nach Bevölkerung gewichtete Länderdurchschnitt ist insofern relevant, als dieser Index mit jenem für den Nationalrat vergleichbar ist und folglich eine höhere Aussagekraft für gesamtösterreichische Trends hat. Für die meisten Jahre gilt, dass sich der gewichtete Länderindex rechts vom Index für den Nationalrat befindet. Dass der gewichtete Länderindex seit 2005 linke Werte aufweist, der Nationalrat jedoch nach wie vor rechts dominiert wird, relativiert somit die weiter oben formulierte Annahme, dass die Länder immer rechter (konservativer) sind als die Bundesebene. Hier entfaltet sich womöglich eine neue Schwingungsdynamik. Ein gegenwärtig insgesamt stärker links gewichteter Länderindex verweist somit auf die Möglichkeit, dass sich eines Tages auch eine Mehrheit der Landtage durch linke Mehrheiten auszeichnen könnte. Umgekehrt dürfen aber auch solche »neuen linken Mehrheiten« auf der Länderebene niemals automatisch als dauerhaft missverstanden werden.¹⁰

10 Wien würde hier nach wie vor in die Kategorie einer »alten linken Mehrheit« fallen.

Abbildung 1: Die politischen Links-rechts-Schwingungen der österreichischen Parlamentsindizes: Durchschnitt der Landtage (ungewichtet und gewichtet nach Bevölkerung), Nationalrat und Europäisches Parlament (1945–2007)



Anmerkungen:

Die Skala des Schwingungsindex reicht von -100 bis +100.

-100 bedeutet, dass ausschließlich Links- bzw. Mitte-Links-Parteien im Parlament vertreten sind;
+100 bedeutet, dass ausschließlich Rechts- bzw. Mitte-Rechts-Parteien im Parlament vertreten sind.
0 steht für ein Gleichgewicht.

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors

Tabelle 1: Die politischen Links-rechts-Schwingungen der österreichischen Parlamentsindizes (1945–2007)

	Landtage									Durchschnitt der Landtage			
	B	K	NÖ	OÖ	S	St	T	V	W	ungew.	gew.	NR	EP
2007	-16,7	11,1	17,9	3,6	-5,6	-14,3	22,2	44,4	-38,0	2,7	-2,0	2,7	-11,1
2006	-16,7	11,1	17,9	3,6	-5,6	-14,3	22,2	44,4	-38,0	2,7	-2,0	2,7	-11,1
2005	-16,7	11,1	17,9	3,6	-5,6	-14,3	22,2	44,4	-38,0	2,7	-2,0	6,0	-11,1
2004	-5,6	11,1	17,9	3,6	-5,6	21,4	22,2	44,4	-26,0	9,3	6,1	6,0	-11,1
2003	-5,6	33,3	17,9	3,6	29,4	21,4	22,2	61,1	-26,0	17,5	10,6	6,0	14,3
2002	-5,6	33,3	28,6	37,5	29,4	21,4	38,9	61,1	-26,0	24,3	19,9	6,0	14,3
2001	-5,6	33,3	28,6	37,5	29,4	21,4	38,9	61,1	-26,0	24,3	20,0	13,7	14,3
2000	-5,6	33,3	28,6	37,5	29,4	21,4	38,9	61,1	-12,0	25,9	22,7	13,7	14,3
1999	5,6	33,3	28,6	37,5	29,4	10,7	38,9	61,1	-12,0	25,9	21,5	13,7	14,3
1998	5,6	22,2	28,6	37,5	22,2	10,7	38,9	50,0	-12,0	22,6	19,7	1,6	23,8
1997	5,6	22,2	28,6	37,5	22,2	10,7	38,9	50,0	-12,0	22,6	19,7	1,6	23,8
1996	5,6	22,2	28,6	32,1	22,2	10,7	38,9	50,0	-12,0	22,0	18,8	1,6	23,8
1995	5,6	22,2	28,6	32,1	22,2	10,7	38,9	50,0	-18,0	21,4	17,6	1,6	
1994	5,6	22,2	28,6	32,1	22,2	25,0	38,9	50,0	-18,0	23,0	19,7	8,7	
1993	5,6	5,6	28,6	32,1	22,2	25,0	33,3	44,4	-18,0	19,9	17,8	1,6	
1992	5,6	5,6	21,4	32,1	22,2	25,0	33,3	44,4	-18,0	19,1	16,4	1,6	
1991	5,6	5,6	21,4	32,1	22,2	25,0	33,3	44,4	-18,0	19,1	16,4	1,6	
1990	-2,6	5,6	21,4	17,9	22,2	14,3	33,3	44,4	-24,0	14,7	10,9	1,6	
1989	-2,6	5,6	21,4	17,9	22,2	14,3	33,3	44,4	-24,0	14,7	10,8	3,8	
1988	-2,6	-11,1	21,4	17,9	27,8	14,3	50,0	27,8	-24,0	13,5	10,6	3,8	
1987	-2,6	-11,1	14,3	17,9	27,8	14,3	50,0	27,8	-24,0	12,7	9,2	3,8	
1986	-11,1	-11,1	14,3	17,9	27,8	14,3	50,0	27,8	-22,0	12,0	9,3	3,8	
1985	-11,1	-11,1	14,3	17,9	27,8	14,3	50,0	27,8	-22,0	12,0	9,2	1,6	
1984	-11,1	-11,1	14,3	17,9	27,8	14,3	50,0	27,8	-22,0	12,0	9,2	1,6	
1983	-11,1	-11,1	14,3	17,9	22,2	14,3	44,4	41,2	-22,0	12,2	8,9	1,6	
1982	-11,1	-11,1	3,6	17,9	22,2	14,3	44,4	41,2	-24,0	10,8	6,4	-3,8	
1981	-11,1	-11,1	3,6	17,9	22,2	14,3	44,4	41,2	-24,0	10,8	6,3	-3,8	
1980	-11,1	-11,1	3,6	17,9	22,2	17,9	44,4	41,2	-24,0	11,2	6,8	-3,8	
1979	-11,1	-11,1	3,6	17,9	22,2	17,9	44,4	41,2	-24,0	11,2	6,8	-3,8	
1978	-11,1	-11,1	10,7	14,3	27,8	17,9	38,9	44,4	-24,0	12,0	7,6	-1,6	
1977	-11,1	-11,1	10,7	14,3	27,8	17,9	38,9	44,4	-32,0	11,1	6,0	-1,6	
1976	0,0	-11,1	10,7	14,3	27,8	17,9	38,9	44,4	-32,0	12,3	6,4	-1,6	
1975	0,0	-11,1	10,7	14,3	27,8	17,9	38,9	44,4	-32,0	12,3	5,5	-1,6	
1974	0,0	-11,1	10,7	14,3	27,8	17,9	33,3	44,4	-32,0	11,7	5,1	-1,6	
1973	0,0	-11,1	7,1	14,3	18,8	7,1	33,3	50,0	-32,0	9,7	2,4	-1,6	
1972	0,0	-11,1	7,1	4,2	18,8	7,1	33,3	50,0	-29,0	8,9	1,4	-1,6	
1971	-6,3	-11,1	7,1	4,2	18,8	7,1	33,3	50,0	-29,0	8,2	1,2	-1,6	
1970	-6,3	-11,1	7,1	4,2	18,8	7,1	33,3	50,0	-29,0	8,2	1,2	1,8	
1969	-6,3	-5,6	7,1	4,2	18,8	10,7	44,4	50,0	-29,0	10,5	3,0	10,3	
1968	-6,3	-5,6	10,7	4,2	18,8	10,7	44,4	44,4	-24,0	10,8	4,5	10,3	
1967	0,0	-5,6	10,7	4,2	18,8	10,7	44,4	44,4	-24,0	11,5	4,7	10,3	
1966	0,0	-5,6	10,7	20,8	18,8	10,7	44,4	44,4	-24,0	13,4	7,5	10,3	
1965	0,0	-5,6	10,7	20,8	18,8	10,7	44,4	44,4	-24,0	13,4	6,5	7,9	
1964	0,0	-5,6	10,7	20,8	18,8	12,5	38,9	44,4	-24,0	13,0	6,4	7,9	
1963	6,3	-5,6	10,7	20,8	18,8	12,5	38,9	44,4	-26,0	13,4	6,2	7,9	
1962	6,3	-5,6	10,7	20,8	18,8	12,5	38,9	44,4	-26,0	13,4	6,2	7,9	
1961	6,3	-5,6	10,7	20,8	18,8	12,5	38,9	44,4	-26,0	13,4	6,2	5,5	
1960	6,3	-5,6	10,7	20,8	18,8	5,9	38,9	44,4	-26,0	12,7	5,1	5,5	
1959	6,3	-5,6	10,7	20,8	18,8	5,9	38,9	44,4	-26,0	12,7	5,1	5,5	
1958	6,3	-5,6	12,5	20,8	18,8	5,9	38,9	46,2	-27,0	13,0	5,3	6,7	
1957	6,3	-5,6	12,5	20,8	18,8	5,9	38,9	46,2	-27,0	13,0	5,3	6,7	

Tabelle 1: Die politischen Links-rechts-Schwingungen der österreichischen Parlamentsindizes (1945–2007)

	Landtage									Durchschnitt der Landtage			
	B	K	NÖ	OÖ	S	St	T	V	W	ungew.	gew.	NR	EP
1956	6,3	-5,6	12,5	20,8	18,8	12,5	50,0	46,2	-27,0	14,9	7,1	6,7	
1955	6,3	-5,6	12,5	20,8	18,8	12,5	50,0	46,2	-27,0	14,9	6,7	6,7	
1954	6,3	-5,6	12,5	37,5	18,8	12,5	50,0	46,2	-27,0	16,8	9,4	6,7	
1953	6,3	-5,6	10,7	37,5	30,8	12,5	50,0	69,2	-18,0	21,5	12,3	6,7	
1952	18,8	11,1	10,7	37,5	30,8	9,5	55,6	69,2	-18,0	25,0	13,8	12,7	
1951	18,8	11,1	10,7	37,5	30,8	9,5	55,6	69,2	-18,0	25,0	13,8	12,7	
1950	18,8	11,1	10,7	37,5	30,8	9,5	55,6	69,2	-18,0	25,0	13,8	12,7	
1949	18,8	11,1	10,7	37,5	30,8	9,5	55,6	69,2	-18,0	25,0	13,8	12,7	
1948	6,3	-13,9	14,3	25,0	15,4	8,3	44,4	46,2	-28,0	13,1	5,7	3,0	
1947	6,3	-13,9	14,3	25,0	15,4	8,3	44,4	46,2	-28,0	13,1	5,7	3,0	
1946	6,3	-13,9	14,3	25,0	15,4	8,3	44,4	46,2	-28,0	13,1	5,7	3,0	
1945	6,3	-13,9	14,3	25,0	15,4	8,3	44,4	46,2	-28,0	13,1	5,7	3,0	

Durchschnittswerte für 1945–2007:

	Landtage									Durchschnitt der Landtage			
	B	K	NÖ	OÖ	S	St	T	V	W	ungew.	gew.	NR	EP
	-0,1	0,5	14,9	21,2	21,1	12,1	40,6	47,3	-24,4	14,8	9,0	4,4	8,2

Anmerkungen:

ungew./ gew. = ungewichtet/ gewichtet

NR = Nationalrat, EP = Europäisches Parlament.

Länderabkürzungen:

B = Burgenland

K = Kärnten

NÖ = Niederösterreich

OÖ = Oberösterreich

S = Salzburg

St = Steiermark

T = Tirol

V = Vorarlberg

W = Wien

Lesebeispiel: Ein Wert von -16,7 (B 2007) bedeutet auf einer Skala von -100 bis +100 eine leichte Dominanz von Mitte-links- beziehungsweise Links-Parteien im Landtag, ein Wert von 17,9 (NÖ 2007) eine leichte Dominanz von Mitte-rechts- bzw. Rechts-Parteien.

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors

4.2 Landtage, Nationalrat und Europäisches Parlament im Vergleich – Erklärungsangebote für die politischen Trends des parlamentarischen Mehrebenensystems

Die eher deskriptive Darstellung von Trends des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs provoziert die Frage, ob sich systematischere Thesen entwickeln und anbieten lassen, um diese Schwingungsdynamik möglicherweise besser zu erklären. Wir möchten deshalb drei Thesen zur Diskussion stellen, die entweder einzeln oder in Kombination als Erklärungsangebote gelten können:

1. *These 1 – Strukturelle rechte politische Hegemonie auf der Länderebene:* Die Länderebene (ausgenommen Wien) präsentiert sich möglicherweise als eine politische Umwelt, die es für Mitte-rechts- und Rechts-Parteien einfacher macht, dominierende Positionen aufzubauen – allen voran für die ÖVP.¹¹ Beispielsweise kann das Werte- und Politikangebot der ÖVP als ein solches verstanden werden, das besser ländliche und kleinstädtische WählerInnengruppen anspricht (damit ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil für die ÖVP bei Landtagswahlen in solchen Bundesländern, die stärker ländlich und kleinstädtisch geprägt sind). Wie etwa eine Analyse der Nationalratswahl 2002 dokumentiert (Plasser u. a. 2003, 118–122), punktet die ÖVP überdurchschnittlich bei der bäuerlichen Bevölkerung sowie bei religiösen Personen. Hingegen mobilisiert die SPÖ vor allem ArbeiterInnen und weniger religiöse Personen, was ihr wiederum Wettbewerbsvorteile in städtischen Umfeldern mit Industriebasis sowie im Bundesland Wien verschafft (bei Bundeswahlen spielt das »demographische Gewicht« Wiens zum Vorteil der SPÖ).¹² Der Wettbewerbsstärke der SPÖ bei Bundeswahlen steht somit die Wettbewerbsstärke der ÖVP bei Landtagswahlen gegenüber. Bereits in der Zwischenkriegszeit wurde vom Gegensatz zwischen dem »roten Wien« und den »schwarzen Ländern« gesprochen (Gerlich/ Campbell 2000, 43). Trotzdem muss die These einer strukturellen konservativen Hegemonie auf Länderebene relativiert werden. In einer Minderheit von Jahren (1957–1960, 1962–1970 und ab 2005) platziert sich der gewichtete Durchschnittsindex der Landtage links von jenem für den Nationalrat. Vor allem der kräftige Pendelausschlag des gewichteten Länderindex nach links seit 2004/ 2005 ist bemerkenswert. Es gibt somit in der (gewichteten) Landtagssumme auch linke Mandatsmehrheiten in Österreich. Ferner stellt sich die Frage, wie stabil sozioökonomische Milieus überhaupt noch sind. Eine zunehmende Dynamisierung und Mobilität der Gesellschaft implizieren, dass »klassegebundene Identifikationsmerkmale« abnehmen und sich die WählerInnenschaft eher in WählerInnen mit individuellen Wahlmotiven fragmentiert. Parteien haben weniger automatische Startvorteile, hingegen gibt es einen größeren Anteil an WechselwählerInnen. Gewinnt der Persönlichkeitsfaktor (»Leadership«) in der Politik an Bedeutung, heißt das, dass die parteipolitische Zuordenbarkeit von SpitzenkandidatInnen für gewisse WählerInnen nicht mehr so wichtig ist – die Wahlentscheidung für die Partei wird von jener für die Spitzen-

11 Abstriche davon bringen Landtagswahlen in Wien und Kärnten, da es dort der rechtspopulistischen FPÖ fallweise gelang, die ÖVP (im rechten Parteienspektrum) zu überholen. Bei der Wiener Landtagswahl vom 23. Oktober 2005 schaffte es zwar die ÖVP wiederum, die FPÖ zu überrunden und vom zweiten auf den dritten Platz abzudrängen. In Kärnten positionierten sich hingegen FPÖ/ BZÖ dauerhaft vor der ÖVP und seit 1999 sogar vor der SPÖ. Dieser »Sonderfall Kärnten« ist eng mit der Person des Rechtspopulisten Jörg Haider verbunden, der bestrebt ist, gegen den Bundestrend schwerer Wahlniederlagen für die FPÖ (vor allem die Nationalratswahl 2002) das BZÖ Kärnten zu stabilisieren. Ein mögliches Kalkül Haiders mag sein, gegen Bundestrends ein starkes BZÖ Kärnten als »anti-Wien« orientiertes und »Kärntner Sondermodell« aufzubauen – ob dieser Strategie auch dauerhaft Erfolg beschieden ist, muss sich erst zeigen.

12 Allerdings musste in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre die SPÖ vor allem bei ihren WählerInnen im ArbeiterInnenmilieu teilweise massive Verluste nach rechts hinnehmen (Plasser u. a. 2003, 100).

kandidatInnen entkoppelt: Beispielsweise können SPÖ-SpitzenkandidatInnen in konservativen Ländern gewinnen.

2. *These 2 – Vorwegnahme späterer Bundestrends im Nationalrat durch die Landtage:* Als Ergänzung zur These einer strukturellen politischen konservativen Hegemonie auf Länderebene lässt sich ebenfalls vorsichtig diskutieren, ob nicht der gewichtete durchschnittliche Länderindex auch so interpretiert werden kann, dass dieser spätere Mehrheitswechsel auf der Bundesebene im Nationalrat vorwegnimmt. Einem – im Vergleich mit jenem für den Nationalrat – eher links gewichteten Durchschnittsindex der Landtage in den Jahren 1959–1970 folgte eine lange Ära sozialdemokratischer Kanzler (1970–2000). 1971–2004 platzierte sich der gewichtete Länderindex rechts von jenem für den Nationalrat: Die ÖVP konnte im Zeitraum 2000–2007 den Kanzler stellen. Ab 2005 war der durchschnittliche Länderindex wiederum links von jenem des Nationalrats, und 2007 ging die Kanzlerschaft auf SPÖ-Obmann Alfred Gusenbauer über. Trends auf der Länderebene können somit als wichtige Seismographen für spätere Entwicklungen auf der Bundesebene gelten und sollten daher genau verfolgt werden. Da es in Kalenderjahren häufiger zumindest eine Landtagswahl als Nationalratswahlen gibt, können sich politische Stimmungsschwankungen auch rascher in einzelnen Landtagen als im Nationalrat niederschlagen (und somit auch früher im gewichteten Durchschnittsindex der Länder aufscheinen). Da die Pendelausschläge des gewichteten Durchschnittsindex der Landtage stärker nach rechts als nach links gehen, könnte dies bedeuten, dass es hier auch zu einer komplexen Überlagerung von Prozessen kommt, wie in den Thesen 1 (rechte politische Länderhegemonie) und 2 (Vorwegnahme von Bundestrends auf der Länderebene) dargestellt wurde.
3. *These 3 – Trends auf Landtageebene verhalten sich gegenläufig und anti-zyklisch zu Bundestrends im Nationalrat:* Moderne politikwissenschaftliche Theorien des *Dealignment* besagen folgendes: Eine Abnahme der Parteienidentifikation der WählerInnen, eine Zunahme höchst mobiler WechselwählerInnen (Dalton et al. 2005) sowie – hier der entscheidende Punkt – die »Gegenläufigkeit« politischer Trends auf verschiedenen politischen Ebenen und in Bezug auf unterschiedliche politische Institutionen. Das heißt: WählerInnen weisen eine Tendenz auf, dass sie sich politisch (parteipolitisch beziehungsweise links/ rechts) anders entscheiden, wenn sie verschiedene »Ebenen« oder unterschiedliche politische Institutionen wählen. In einer politischen Mehrebenenarchitektur könnte dies beispielsweise bedeuten, national »links« und subnational »rechts« zu votieren. Auf nationaler österreichischer Ebene könnte dies wiederum implizieren, dass Wahlergebnisse zum Nationalrat und die Direktwahl des österreichischen Bundespräsidenten tendenziell zu unterschiedlichen, gegenläufigen Links-rechts-Mehrheiten führen. Wolfgang C. Müller (2006a, 192) behauptet etwa, dass einerseits der Nationalrat und der davon direkt abhängige Bundeskanzler sowie andererseits der Bundespräsident politisch öfters gegensätzlich orientiert sind: »Allerdings gibt es gewisse Regelmäßigkeiten in der parteipolitischen Konstellation, die darauf schließen lassen, dass der Bundespräsident von der Öffentlichkeit auch als ein Gegengewicht zum Bundeskanzler

verstanden wird... . Mit einer Ausnahme, der Wahl von Rudolf Kirchschräger, konnte immer jene Partei ihren Kandidaten durchbringen, die gerade nicht den Bundeskanzler stellte«. Unsere These 2 lautete, dass die Länderebene (der gewichtete durchschnittliche Länderindex) teilweise spätere Bundestrends vorwegnimmt. Alternativ dazu könnte jedoch auch die These aufgestellt werden, dass sich die Länderebene politisch gegenläufig beziehungsweise »anti-zyklisch« zur Bundesebene (Nationalrat und möglicherweise auch zum Bundeskanzler) verhält.

Die Länderebene ließe sich also so interpretieren, dass die WählerInnen hier auch ein gewisses Gegengewicht zu Bundesregierung und Bundeskanzler schaffen. Wenn wir die Perioden der Links-rechts-Abweichungen des gewichteten durchschnittlichen Länderindex mit den Links-rechts-Abweichungen des Index für den Nationalrat vergleichen, dann zeigt sich folgendes Bild: 1957–1960 und 1962–1970 war der Länder- beziehungsweise Landtagsindex (hier und im Folgenden immer Landtagsindex) links von jenem für den Nationalrat, und die ÖVP stellte die Bundeskanzler; 1971–2004 war er rechts von jenem zum Nationalrat, und die SPÖ stellte 1970–2000 die Bundeskanzler; seit 2005 ist der Landtagsindex wiederum links von jenem des Nationalrats, und die ÖVP stellte 2000–2007 den Bundeskanzler (Wolfgang Schüssel).¹³ Die These einer Vorwegnahme von Bundestrends auf der Länderebene ließe sich also dahingehend »relativieren«, als behauptet werden könnte, dass die Links-rechts-Länderschwingungen zum Teil gegenläufig zu nationalen Trends ausfallen. Dabei schlägt der rechte Länderprotest (eine deutlichere Indexbewegung nach rechts) gegen linke Bundesregierungen stärker aus als der linke Länderprotest gegen rechte Bundesregierungen. Dies würde sich zumindest teilweise mit These 1 in Einklang bringen lassen, die von einer rechten (konservativen) Hegemonie auf Länderebene spricht. Es eröffnen sich damit Kombinationsmöglichkeiten aller drei zur Diskussion gestellten Thesen. Für die These 3 zur Gegenläufigkeit sind auch die Wahlergebnisse zum Europäischen Parlament interessant: 1996–2003 platzierte sich der Links-rechts-Index der österreichischen Vertretung im EP rechts von jenem zum Nationalrat. Demgegenüber gibt es seit 2004 eine linke Mehrheit unter den österreichischen MandatarInnen im EP. Damit würde die österreichische Vertretung im EP im Gleichklang mit den Ländern gegen den Nationalrat schwingen.¹⁴ Beginnend mit dem Jahr 2005 sieht sich der rechts dominierte Nationalrat somit einer doppelten linken Mehrheit im gewichteten durchschnittlichen Länderindex sowie im Europäischen Parlament gegenüber. 2007 ging auch wieder die Kanzlerschaft an die SPÖ. Wenn diese Linkseinbrüche nicht nur kurzfristige Fluktuationen

13 Für einen Überblick zu den österreichischen Bundeskanzlern ab 1945 siehe Müller (2006b), 170.

14 Aussagen über das EP erfahren zwei Relativierungen. Erstens ist die österreichische Wahlbeteiligung für das EP deutlich geringer als für den Nationalrat. Erreichte die Beteiligung an den EP-Wahlen 2004 lediglich 42,4 Prozent, so mobilisierten die Nationalratswahlen 2002 und 2006 eine Beteiligung von 84,3 Prozent und 78,5 Prozent. Zweitens verzichteten wir aufgrund nicht vorhandener Information auf eine Links-rechts-Verordnung der Liste Martin, auf die bei der EP-Wahl immerhin 2 Mandate und somit 11,1 Prozent der österreichischen EP-Mandate entfielen; die Liste Martin wurde somit für unsere Parlamentsindizes nicht berücksichtigt.

sind, so könnte das bedeuten, dass sich im parlamentarischen Mehrebenensystem Österreichs gegenläufige Trends (im Sinne des Dealignment) zu etablieren beginnen. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch der Befund von Müller und Fallend (2004), dass sich auf nationaler Ebene der Wettbewerb zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien seit der ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 verschärfte. Diese ÖVP-FPÖ- beziehungsweise ÖVP-BZÖ-Koalition wurde Anfang 2007 wiederum durch eine neue große Koalition von SPÖ und ÖVP abgelöst.

4.3 Länder und Landtage im Vergleich – politische Trends

Nach der vergleichenden Analyse politischer Trends im parlamentarischen Mehrebenensystem Österreichs richten wir im Weiteren unsere Aufmerksamkeit auf die einzelnen Bundesländer. Folgende Analysen möchten wir dabei zur Diskussion stellen:

Links-rechts-Dominanz in den einzelnen Ländern: Werden Durchschnittswerte für die Landtage für den gesamten Zeitraum 1945–2007 herangezogen, so zeigt sich, dass sieben der neun Länder konservativ dominiert sind. Die beiden am stärksten rechts orientierten Länder sind Vorarlberg und Tirol, gefolgt von Oberösterreich und Salzburg, und dann wiederum von Niederösterreich und der Steiermark. Über den gesamten Beobachtungszeitraum weist Kärnten nur mehr eine hauchdünne rechte Mehrheit und das Burgenland eine hauchdünne linke Mehrheit auf. Wien hebt sich insofern ab, als es das einzige Bundesland mit einer stabilen linken Dominanz ist: Die Linksdominanz in Wien entspricht etwa der konservativen Langzeitdominanz in Oberösterreich und Salzburg. Drei der vier am meisten rechts orientierten Länder gehören zur Gruppe jener Bundesländer mit weniger als einer Million EinwohnerInnen.

Häufigkeit politischer Links-rechts-Wechsel auf der Länderebene: Um die Plausibilität und Relevanz des Begriffs »politischer Schwingungen« zu rechtfertigen, erscheint es notwendig, auch empirisch aufzeigen zu können, dass es tatsächlich Links-rechts-Schwingungen gibt – nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf Länderebene. In vier (von neun) österreichischen Bundesländern gab es nach 1945 einen Wechsel bei den linken beziehungsweise rechten Mehrheitsverhältnissen in den Länderparlamenten. An der Spitze stehen das Burgenland und Kärnten (mit jeweils drei Wechseln), gefolgt von Salzburg und der Steiermark (mit jeweils einem Wechsel) (siehe Tabelle 1, S. 392–393). Dagegen ließe sich einwenden, dass sich in den anderen fünf Bundesländern – bisher – kein Links-rechts-Mehrheitswechsel vollzog. Entscheidend in diesem Zusammenhang erscheint jedoch der Langzeittrend. Dabei zeigt sich, dass sich im parlamentarischen Mehrebenensystem Österreichs im Zeitraum 1976–2007 die Links-rechts-Mehrheitswechsel verglichen mit der Periode 1945–1975 verdoppelten.¹⁵ Auf Länderebene gab es vor 1976 insgesamt nur drei Mehrheitswechsel. Danach erfolgten jedoch insgesamt fünf solcher Schwingungswechsel – drei davon ab 1999 (siehe wiederum Tabelle 1). Wir können somit eine deutliche Zunahme der Links-

15 Der Zeitraum 1945–2007 lässt sich in zwei annähernd gleich lange Zeiträume von 1945–1975 (31 Jahre) und 1976–2007 (32 Jahre) unterteilen.

rechts-Schwingungsaktivität auf Landtagebene konstatieren, die sich nach 1999 dynamisierte.¹⁶

Es stellt sich die Frage, ob nicht ab 1999 das politische Ländersystem Österreichs eine neue Zäsur erfuhr. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind sicherlich die Links-rechts-Machtwechsel in Salzburg (2004) und der Steiermark (2005), vor allem wenn bedacht wird, dass die rechte Langzeithegemonie in Salzburg ausgeprägter ist als die rechte Dominanz in Niederösterreich. Darüber hinaus ist Salzburgs rechte Hegemonie »metrisch« vergleichbar mit der linken Hegemonie in Wien. Warum sollte deshalb in Zukunft nicht auch ein Linksschwung in Niederösterreich beziehungsweise ein Rechtsschwung in Wien möglich sein?¹⁷ Auch der bisherige politische Schwingungsverlauf im Burgenland ist interessant, da das Burgenland in dieser Hinsicht das kompetitivste politische System auf Länderebene ist.¹⁸

5. Mögliche Konsequenzen für die Politik auf Österreichs Länderebene

Für die Politik auf Österreichs Länderebene werden oft folgende Merkmale als bedeutend angesehen:

Proporzregierungen: In einer Mehrheit der österreichischen Bundesländer gibt es das landesverfassungsrechtliche Prinzip der »Proporzregierungen«, das besagt, dass alle Parteien, die mit einer Mindestanzahl von Mandaten in den Landtagen vertreten sind, auch in der Landesregierung repräsentiert sein müssen. Es kommen hier also Elemente von Konzentrationsregierungen und »Konkordanzdemokratie« zur Anwendung.

Franz Fallend (2006, 975) argumentiert: »Die österreichischen *Proporzregierungen* stellen Paradebeispiele für so genannte Konkordanzdemokratien dar.« Bereits in den 1920er-Jahren führten Österreichs Bundesländer – ausgenommen Vorarlberg und Wien – dieses Proporzsystem ein. In den späten 1990er-Jahren entschieden sich Salzburg und Tirol, das Verfassungsprinzip der Proporzregierungen abzuschaffen (ebd., 976, 978). Damit gilt (Stand 2007) das System der Proporzregierungen nach wie vor in fünf Bundesländern, wobei aber möglicherweise noch weitere Bundesländer davon abgehen werden.¹⁹

16 Lediglich Kärnten repräsentiert hier eine gewisse Ausnahme vom allgemeinen Ländertrend, da es dort auf Landesebene vor 1976 mehr politische Links-rechts-Wechsel als danach gab.

17 Politische AnalytikerInnen und politische Consultants müssten diese Frage als eine strategisch-kreative Herausforderung aufgreifen.

18 Für unsere Index-Berechnungen ist relevant, dass es im Burgenland 1964–1967 ein Links-rechts-Patt im Landtag gab. Diese Periode interpretierten wir als »links-rechts-neutral« und verbuchten sie nicht als einen Machtwechsel in die linke oder rechte Richtung.

19 Wien nimmt hier eine gewisse Sonderposition ein, denn: »Für die Besetzung der Wiener Stadtregierung gibt es in der Praxis eine Zwischenkonstruktion zwischen Proporz- und Majoritätsprinzip: Dem Prinzip des Proporz entspricht formal, dass alle Parteien entsprechend ihrer Stärke im Gemeinderat auch im Stadtsenat durch Stadträte vertreten sind. Allerdings kann mehrheitlich beschlossen werden, dass nur Stadträte bestimmter Parteien oder einer bestimmten Partei auch ein Ressort zugeordnet bekommen, also sog. amtsführende Stadträte sind« (Sickingner 2007).

Landeshauptleute: Der Landeshauptmann/ die Landeshauptfrau übt im Rahmen der Landesregierung eine sehr starke Position aus, in dem er/ sie folgende Aufgaben integriert: »Vorstand des Amtes der Landesregierung«, »Vorsitzender der Landesregierung«, »Träger der mittelbaren Bundesverwaltung« und »Vertreter des Landes nach außen« (Fallend 2006, 979, 981). Ferner betont Fallend (ebd., 981): »Die herausragende Position der Landeshauptleute wird noch durch ihre *politischen Funktionen* – Anführer der stärksten Regierungsfraktion und zumeist auch Parteivorsitzende – verstärkt.«

Typologie der Parteiensysteme auf Länderebene: Herbert Dachs (2006, 1015–1018) stellt für die Parteiensysteme auf Länderebene eine Zunahme des Wettbewerbs zur Diskussion. Dachs (2006, 1016) hält fest: »Wie ... ablesbar, bilden sich in den meisten Bundesländern vorübergehend durchwegs Mehr-Parteien-Systeme des Typus gemäßigter Pluralismus heraus (d. h. drei bis fünf relevante Parteien, von denen keine eine absolute Mehrheit hält und die grundsätzlich koalitionsfähig sind). In den letzten Jahren ... schwang allerdings dieses Pendel in fünf Bundesländern wieder zurück. In Wien, Tirol, Vorarlberg, Burgenland und Niederösterreich gibt es wieder absolute Mehrheiten.« Ferner gibt es den Thesenbefund des »Emanzipations-Indexes« (Hofinger u. a. 2004, 323–329), der besagt, dass »das Ausmaß der vertikalen Wählermobilität zwischen Nationalrats- und Landtagswahlen in den beiden letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen« hat (Dachs 2006, 1022).

Werden diese Merkmalsbeschreibungen von Österreichs Länderpolitik den hier präsentierten Ergebnissen der Links-rechts-Schwingungen gegenübergestellt, so lassen sich folgende Thesen diskutieren:

1. *Links-rechts-Schwingungen und Proporzregierungen:* Kommt in einem Bundesland das Prinzip der Proporzregierung zur Anwendung, so folgt, dass sich Links-rechts-Mandatsverschiebungen im Länderparlament nur eingeschränkt auf die politische Zusammensetzung der Landesregierung auswirken können.²⁰ Sollen auch Landesregierungen deutlicher links-rechts schwingen können, so müsste das Proporzsystem fallen. Interessant ist hier ein nochmaliger Blick auf die Links-rechts-Durchschnittswerte, die in Tabelle 1 (S. 392–393) dokumentiert sind: Demnach ist Vorarlberg das Land mit der stärksten konservativen Langzeithegemonie und Wien das Land mit der stärksten linken Langzeithegemonie. Gleichzeitig sind Vorarlberg und Wien auch Bundesländer, die kein (im Fall Wiens kein starkes) Proporzprinzip kennen. Wird das weitere Ranking rechter Dominanz in Tabelle 1 betrachtet, so platziert sich Tirol an zweiter, Oberösterreich an dritter und Salzburg an vierter Stelle. Tirol und Salzburg schafften das Proporzsystem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ebenfalls ab. Damit kann die These formuliert werden, dass es politischen AkteurenInnen, die Bundesländer entweder rechts oder links dominieren, leichter fällt, von Proporzkriterien abzurücken, da die traditionelle parteipolitische Machtbasis auf Länderebene weniger gefährdet erscheint. Würden (auch) Länder wie das Burgenland, Kärnten und die Steiermark vom System der Proporzregierungen Abstand

20 Links-rechts-Verschiebungen im Nationalrat haben vergleichsweise gravierendere Auswirkungen auf den Koalitionsspielraum von Bundesregierungen.

nehmen, so könnte dort das politische Pendel der Landesregierungen deutlicher und häufiger nach links oder rechts ausschlagen.

2. *Links-rechts-Schwingungen und die Landeshauptleute*: Potenzielle Machtkonzentration ließe sich beispielsweise in der Dauer von Regierungsjahren ausdrücken. Kombinationen von Proporzelementen, rechter politischer Hegemonie (in Wien hingegen linker Hegemonie) und ausbleibender Links-rechts-Mehrheitswechsel in den Länderparlamenten formten ein polisches Umfeld, welches ausgedehnte Amtszeiten von Landeshauptleuten unterstützte. Um hier die »Spitzenreiter« zu nennen (Fallend 2006, 980):²¹ Theodor Kery (SPÖ, Burgenland, 1966–1987), Ferdinand Wedenig (SPÖ, Kärnten, 1947–1965), Andreas Maurer (ÖVP, Niederösterreich, 1966–1981), Heinrich Gleißner (ÖVP, Oberösterreich, 1945–1971), Josef Krainer senior (ÖVP, Steiermark, 1948–1971),²² Eduard Wallnöfer (ÖVP, Tirol, 1963–1987), Franz Jonas (SPÖ, Wien, 1951–1965). Regierungszeiten von rund 20 Jahren sind somit für Österreichs Landeshauptleute kein Einzelfall. Zum Vergleich: Die längste Amtszeit eines Bundeskanzlers in Österreich betrug 13 Jahre (Bruno Kreisky, SPÖ, 1970–1983).²³ In Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und Niederösterreich stellte bisher ausschließlich die ÖVP alle Landeshauptleute, während in Wien die SPÖ diese Position durchgehend buchte. So gesehen sind Regierungspositionen auf der Bundesebene (wie Bundeskanzler und Bundespräsident) doch (zumindest bisher) stärker vom Wettbewerb zwischen links und rechts betroffen als auf der Länderebene. Vom Standpunkt der Demokratiequalität aus betrachtet, sollten solche »überlangen« Regierungszeiten der Landeshauptleute kritisch evaluiert werden, da sie die politische Machtkontrolle auf der Länderebene übermäßig erschweren. Die deutliche Zunahme der Links-rechts-Schwingungsdynamik auf Länderebene und die teilweise Erosion konservativer Langzeithegemonie (in Tirol, Oberösterreich und Salzburg) begünstigen das mögliche Ende »quasi monopolistischer Pachtansprüche« von Parteien auf die Position des Landeshauptmanns beziehungsweise der Landeshauptfrau. Ferner soll der Geschlechtsaspekt betont werden: Die beiden ersten Landeshauptfrauen amtier(t)en erst nach Mitte der 1990er-Jahre (Waltraud Klasnic, ÖVP, Steiermark, 1996–2005, Gabriele Burgstaller, SPÖ, Salzburg, ab 2004). Es ist interessant, dass die Steiermark und Salzburg einen Linksschwung 2005 beziehungsweise 2004 realisierten, und dass dies zugleich die beiden ersten Bundesländer mit Landeshauptfrauen waren beziehungsweise sind. Dies kann ein zusätzlicher Befund für eine neue politische Dynamik dieser beiden Länder sein.

21 Da Vorarlberg kein Proporzsystem kennt, führen wir hier Vorarlberg nicht an.

22 Wenn berücksichtigt wird, dass Josef Krainer junior 1980–1996 steirischer Landeshauptmann war, so heißt das, dass eine einzige Familie (»Vater und Sohn«) die Position des Landeshauptmanns fast 40 Jahre kontrollierte. So gesehen mag der steirische Linksschwung von 2005 auch auf andere Aspekte hinweisen.

23 Im Sinne eines Gedankenexperiments möge man sich die politischen Konsequenzen für Österreichs Innenpolitik vorstellen, wenn es einen Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin gegeben hätte, der/die über 20 Jahre lang durchgehend regiert hätte.

3. *Links-rechts-Schwingungen und die Typologie der Parteiensysteme auf Länderebene:* In der bereits erwähnten Analyse von Dachs (2006, 1015–1018) wurden zwei Befunde aufgestellt: Erstens die Ausbreitung eines »gemäßigten Pluralismus«, jedoch auch ein teilweises Rückschwingen auf »absolute Mehrheiten« (Dachs nennt als Beispiele für dieses Rückschwingen Wien, Tirol, Vorarlberg, Burgenland und Niederösterreich); zweitens ein zitierter »Emanzipations-Index« (Hofinger u. a. 2004), der die »vertikale Wählermobilität« zwischen Landtagswahlen und Nationalratswahlen unterstreicht. Es ist interessant zu testen, ob die Anwendung des Modells der politischen Links-rechts-Schwingungen zusätzliche Einblicke eröffnen würde. *Zum ersten Befund (und den von Dachs genannten fünf Bundesländern):* In Wien und Vorarlberg lässt sich empirisch kein strukturelles Abtragen der linken beziehungsweise rechten Mandatsmehrheit auf Landesebene diagnostizieren. Niederösterreich wäre ein Grenzfall. Hingegen kann für Tirol tendenziell eine strukturelle Langzeitabnahme der konservativen Hegemonie zur Diskussion gestellt werden, auch wenn dies bisher nicht für einen Linksschwung ausreichte. Das Burgenland ist in unserem Schwingungsmodell das schwingungsaktivste Land seit 1976. *Zum zweiten Befund:* Der von Dachs zitierte »Emanzipations-Index« lässt sich grundsätzlich mit zwei früher zitierten Thesen zu Links-rechts-Schwingungen in Einklang bringen – erstens, dass Ländertrends möglicherweise teilweise spätere Bundestrends vorwegnehmen; und zweitens, dass sich Ländertrends teilweise gegenläufig (»anti-zyklisch«) zu den Bundestrends verhalten.

6. Schluss – Ausblick auf politische Zukunftsszenarien für Österreichs Länder

Bezugnehmend auf unsere eingangs aufgeworfene Fragestellung fällt unser Ergebnis eindeutig aus: *Für Österreichs parlamentarisches Mehrebenensystem lassen sich politische Links-rechts-Schwingungen feststellen.* Diese gelten sowohl für den Nationalrat als auch für das Europäische Parlament (obwohl Österreich erst 1996 erstmals an der Wahl zum EP teilnahm). *Noch interessanter ist der Befund für Österreichs Länderebene, da sich dort seit 2000 eine deutliche Zunahme der politischen Links-rechts-Schwingungen zeigt.* Hätte man bis in die 1980er-Jahre noch argumentieren können, dass es sich beim Begriff der »politischen Schwingungen« im Fall der Länder möglicherweise um ein nicht anwendungsfähiges und unplausibles Konstrukt handelt, so entwickelten sich diese während der letzten zehn Jahre zu einem markanten Phänomen. Das deutliche Links-Ausschlagen der Landtage spricht eine deutliche Sprache, und ab 2005 lassen sich in vier Länderparlamenten linke Mandatsmehrheiten diagnostizieren (so viele wie noch nie). Dies fördert den Eindruck, dass sich während der letzten Jahre Österreichs Länderpolitik im Sinne der Links-rechts-Schwingungen deutlich dynamisierte. Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich beim teilweisen Länder-Linksschwung seit 2000 eher um ein kurzfristiges Phänomen handelt. Trotzdem wird hier der Standpunkt unterstrichen, dass die Zunahme der Links-rechts-Schwingungsaktivität auf Länderebene grundsätzlich eine neue und möglicherweise längerfristige Entwicklung darstellt, auch

wenn zukünftige politische Links-rechts-Pendelausschläge der Länder aus heutiger Sicht nicht vorauszusagen sind.

Zur Interpretation der Links-rechts-Schwingungsdynamik stellten wir drei Thesen auf, die letztlich auch in Kombination miteinander wirkend verstanden werden können beziehungsweise müssten:

1. Das Abtragen konservativer Langzeithegemonie auf Landesebene – ein mögliches Abtragen linker Hegemonie im Bundesland Wien war bisher noch nicht beobachtbar;
2. Trends auf Landesebene nehmen teilweise spätere Trends auf Bundesebene vorweg;
3. die politischen Trends auf der Landesebene (möglicherweise auch auf der supranationalen Ebene des Europäischen Parlaments) laufen teilweise gegenläufig (»anti-zyklisch«) zum Bundestrend.

Da sich diese Thesen zumindest zum Teil bestätigen lassen, soll argumentiert werden: *Von Österreichs Ländern gehen wichtige innovative Impulse für Österreichs politisches (Mehrebenen-)System aus.*

Diese Zunahme von politischen Links-rechts-Schwingungen auf Landesebene sollte als ein neues politisches Umfeld verstanden werden, das dazu imstande ist, *Österreichs Demokratiequalität auf Landesebene nachhaltig zu fördern.* Überlange Machtkonzentrationen im Landesregierungs Bereich werden damit erschwert, es kommt zu einer neuen Dynamik in der Länderpolitik, da es keine gleichsam natürlichen Links- oder Rechts-Hegemonien mehr gibt. Eine größere Zahl politischer Parteien erhält eine Chance. Der Persönlichkeitsfaktor von SpitzenkandidatInnen kann sich möglicherweise besser entfalten (Jankowitsch 2005). Und gewisse Phänomene nationaler Politik – wie internationales Consulting und Beratung von SpitzenkandidatInnen (Hofer 2005; allgemein zu Politikberatung siehe ferner Fröschl u. a. 2007 sowie Kramer 2007) – beginnen auch stärker auf Landesebene zu greifen. *Solch eine Zunahme von Demokratiequalität auf Landesebene würde wiederum einen entscheidenden Beitrag für Österreichs Demokratiequalität im gesamten politischen Mehrebenensystem leisten.*

Institutionelle Aufwertungen des Bundesrates beziehungsweise die Direktwahl der Landeshauptleute könnten auch zu machtausgleichenden Effekten (Stichwort *Dealignment*) führen. Für die Länderpolitik sollte ferner überlegt werden, ob nicht eine Begrenzung der Amtszeiten sinnvoll ist, die ein und dieselbe Person als Landeshauptfrau/Landeshauptmann verbringt – vor allem dann, wenn die Einführung der Direktwahl von Landeshauptleuten in einzelnen Bundesländern überlegt wird.

Literatur

- Beck, E. Robert A./Schaller, Christian (2003) *Zur Qualität der britischen und österreichischen Demokratie. Empirische Befunde und Anregungen für Demokratiereform*. Wien/ Graz/ Köln.
- Beyme, Klaus v. (1984) *Parteien in westlichen Demokratien*. München.
- Beyme, Klaus v. (1991) *Ein Paradigmenwechsel aus dem Geist der Naturwissenschaften: Die Theorien der Selbststeuerung von Systemen (Autopoiesis)*. In: Journal für Sozialforschung, Nr. 1, 3–24.
- Budge, Ian/Farlie, Dennis J. (1983) *Explaining and Predicting Elections: Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies*. London.
- Campbell, David F. J. (1992) *Die Dynamik der politischen Links-rechts-Schwüngen in Österreich: Die Ergebnisse einer Expertenbefragung*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 2, 165–179.
- Campbell, David F. J. (1994) *European Nation-State under Pressure: National Fragmentation or the Evolution of Suprastate Structures?* In: *Cybernetics and Systems: An International Journal*, Nr. 6, 879–909.
- Campbell, David F. J. (1995) *Franz Vranitzky*. In: Wilsford, David (ed.) *Political Leaders of Contemporary Western Europe. A Biographical Dictionary*. Westport, 465–473.
- Campbell, David F. J. (1996) *Links- und Rechts-Schwüngen in den westlichen Demokratien ab 1945*. Dissertation an der Universität Wien.
- Campbell, David F. J. (2002) *Zur Demokratiequalität von politischem Wechsel, Wettbewerb und politischem System in Österreich*. In: Campbell, David F. J./Schaller, Christian (Hg.) *Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven*. Opladen, 19–46, auch verfügbar unter: http://www.oegpw.at/sek_agora/publikationen.htm.
- Campbell, David F. J./Schaller, Christian (Hg.) (2002) *Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven*. Opladen, auch verfügbar unter: http://www.oegpw.at/sek_agora/publikationen.htm.
- Dachs, Herbert (2006) *Parteiensysteme in den Bundesländern*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 1008–1023.
- Dalton, Russell J. et al. (2005) *Political Parties and their Publics*. In: Luther, Kurt Richard/Müller-Rommel, Ferdinand (eds.) *Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges*. Oxford, 19–42.
- Falkner, Gerda (2006) *Zur »Europäisierung« des österreichischen politischen Systems*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 82–94.
- Fallend, Franz (2006) *Landesregierung und Landesverwaltung*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 974–989.
- FESSEL-GfK (2007) *Politische Indikatoren (1976–2004). Positionen der Parteien auf dem Links-rechts-Spektrum*. Wien: Unveröffentlichte Datentabelle, die dem Autor auf Anfrage zur Verfügung gestellt wurde.
- Fröschl, Erich u. a. (HgInnen) (2007) *Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik*. Wien.
- Gerlich, Peter/Campbell, David F. J. (2000) *Austria: From Compromise to Authoritarianism*. In: Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (eds.) *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39. Systematic Case Studies*. Basingstoke, 40–58.
- Helms, Ludger (2002) *Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen*. Opladen.
- Hofer, Thomas (2005) *Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater: Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten*. Wien.
- Hofinger, Christoph u. a. (2004) *Tiroler Wählerdynamik 1945–2003 im österreichischen Kontext*. In: Karlhofer, Ferdinand/Pelinka, Anton (Hg.) *Politik in Tirol*. Innsbruck, 309–338.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2001) *Multi-level Governance and European Integration*. Lanham.
- Jankowitsch, Regina M. (2005) *Ich trete an! 10 Erfolgsfaktoren für alle, die gewählt werden wollen*. Wien.
- Jenny, Marcelo (2006) *Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 305–321.
- Kaiser, André/Seils, Erich (2005) *Demokratie-Audits. Zwischenbilanz zu einem neuen Instrument der empirischen Demokratieforschung*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 1, 133–143.

- Konvička, Michael (1994) »Olavs« Partei: Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Ein Beitrag zur österreichischen Zeitgeschichte der 60er und 70er Jahre. Hamburg.
- Kramer, Helmut (2007) *Politikwissenschaft und professionelle Politikberatung. Eine Bilanz.* In: Fröschl, Erich u. a. (HgInnen) Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik. Wien, 241–258.
- Laponce, Jean A. (1981) *Left and Right. The Topography of Political Perceptions.* Toronto.
- Liegl, Barbara (2006) *Kleinparteien.* In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 402–411.
- Luther, Kurt Richard (2006) *Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich.* In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 364–388.
- Melchior, Josef (2005) *National and European Understandings of Democracy: The Case of Austria and the EU.* In: European Integration online Papers, Nr. 4, 1–40, verfügbar unter: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2005-004.pdf>.
- Müller, Wolfgang C. (2000) *Das österreichische Parteiensystem: Periodisierung und Perspektiven.* In: Pelinka, Anton u. a. (Hg.) Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Wien, 281–309.
- Müller, Wolfgang C. (2006a) *Der Bundespräsident.* In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 188–200.
- Müller, Wolfgang C. (2006b) *Regierung und Kabinettsystem.* In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 168–187.
- Müller, Wolfgang C./Fallend, Franz (2004) *Changing Patterns of Party Competition in Austria: From Multipolar to Bipolar System.* In: West European Politics, Nr. 5, 801–835.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (1999a) *Conclusions: Party Behavior and Representative Democracy.* In: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (eds.) Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions. Cambridge, UK, 279–309.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (1999b) *Political Parties and Hard Choices.* In: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (eds.) Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions. Cambridge, UK, 1–35.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (2000) *Conclusion. Coalition Governance in Western Europe.* In: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (eds.) Coalition Governments in Western Europe. Oxford, 559–592.
- Müller, Wolfgang C. u. a. (2001) *Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten.* Wien.
- Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde K. (2003) *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends.* Wien.
- Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (2002) *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?* Wien.
- Plasser, Fritz u. a. (2003) *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten.* In: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (Hg.) Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien, 97–157.
- Rosenberger, Sieglinde K. (2001) *Demokratie und/versus Populismus.* In: Markovits, Andrei S./Rosenberger, Sieglinde K. (HgInnen) Demokratie und Telos. Beiträge für Anton Pelinka. Wien, 101–116.
- Schmidt, Manfred G. (1983) *Politische Zusammensetzung der Regierungen.* In: Nohlen, Dieter (Hg.) Pipers Wörterbuch zur Politik. Westliche Industriegesellschaften. München, 371–375.
- Sickinger, Hubert (2002) *Demokratie in der kleinen Einheit. Wien, Innere Stadt – Eine Fallstudie.* Wien.
- Sickinger, Hubert (2006) *Bezirkspolitik in Wien.* Innsbruck u. a.
- Sickinger, Hubert (2007) *Die Wiener Stadtregierung.* Wien: Unveröffentlichte Kurzanalyse (E-Mails vom 18. und 19. 6. 2007).
- Statistik Austria (2007a) *Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 1961 nach Bundesländern.* Wien.
- Statistik Austria (2007b) *Statistisches Jahrbuch 2007.* Wien.

Kontakt:

david.campbell@uni-klu.ac.at